

bedingungen von Forschung und Lehre zu berücksichtigen. Über den Fortgang dieser Bemühungen wird die Landesregierung den Ausschuss für Wissenschaft und Wirtschaft weiterhin unterrichten.

Ich stimme mit vielen darin überein, dass man wissen muss, ob man eine Anschlussverwendung hat. Denn wenn man sich im letzten halben Jahr irgendwo bewerben muss, kann man nicht mehr vernünftig arbeiten. Diese Sicherheit wollen wir gemeinsam im Rahmen der Möglichkeiten natürlich allen geben. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Es gibt eine Nachfrage, Herr Minister. - Ich möchte zuvor sagen, Sie haben keinen Tinnitus im Ohr. Es gibt offensichtlich technische Schwierigkeiten mit der Anlage. Ich denke, Sie können trotzdem Ihre Frage stellen. Herr Lange, bitte schön.

Herr Lange (DIE LINKE):

Also, wenn ich jetzt ein bisschen zerknirscht klinge, liegt es an der Anlage.

(Heiterkeit bei der LINKEN)

Herr Minister; auch dieser Antrag geht auf die Zielvereinbarungsperiode ein. Die Zielvereinbarungen werden angeblich gerade verhandelt. Ich wollte einmal fragen, ob denn nun seitens der Landesregierung konkrete Quoten nach dem Kaskadenmodell vorgesehen werden und ob es eine Vorschrift in den Zielvereinbarungen geben wird, dass entsprechend dem Kaskadenmodell eine geschlechtergerechte Besetzung der Stellen in Gang zu setzen ist.

Meine zweite Frage lautet: Wird es in den Zielvereinbarungen Regelungen zur Promotion geben, beispielsweise dass die Hochschulen Promotionsvereinbarungen abschließen müssen? Denn das ist ein Problem, das auch von den Initiativen angesprochen wurde und das man relativ leicht lösen könnte. Also, wird es dazu Vorgaben des Landes an die Hochschulen in den Zielvereinbarungen geben?

Herr Möllring, Minister für Wissenschaft und Wirtschaft:

Über das Kaskadenmodell haben wir uns geeinigt. Allerdings werden wir keine festen Quoten in die Zielvereinbarungen hineinschreiben können.

Ob es Promotionsvereinbarungen geben wird, das kann ich Ihnen nach dem Abschluss der Verhandlungen sagen. Wir haben die ersten Verhandlungen geführt. Am 18. Dezember, also in der nächsten Woche, ist der nächste Termin mit der Runde der Hochschulrektoren vereinbart. Ich gehe davon

aus, dass wir die Zielvereinbarungen im Januar abschließen können.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Für die SPD-Fraktion spricht die Abgeordnete Frau Dr. Pähle.

Frau Dr. Pähle (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die von Herrn Dr. Thiel vorgetragene Beratungsfolge im Ausschuss hat gezeigt, dass der Ausschuss sich ausführlich dieser Problematik gewidmet hat.

(Herr Lange, DIE LINKE, lacht)

Und das ist auch gut so.

(Herr Lange, DIE LINKE: Ja, genau!)

Denn die Beschäftigungsverhältnisse in der Wissenschaft sind schon lange in der öffentlichen und auch in der politischen Diskussion. Unterschiedliche Anträge zu unterschiedlichen Aspekten dieses Themas gibt es aus den Jahren 2012, 2013 und 2014.

Die Grundlage aller Diskussionen ist dann doch auch immer der Verweis auf das Wissenschaftszeitvertragsgesetz. Bereits im Jahr 2011 hat eine Evaluierung dieses Gesetzes durch das HIS-Institut gezeigt, dass das Wissenschaftszeitvertragsgesetz in der heute noch gültigen Fassung viele kritische Punkte aufweist.

In dem Evaluierungsbericht wird aufgezeigt, dass der Anteil der befristeten Arbeitsverträge gestiegen ist. Die Familienkomponente hat ihren eigentlichen Zweck nicht erfüllt. All das geht aus dem Bundesbericht hervor.

Ich bin deshalb der großen Koalition im Bund sehr dankbar, dass nun darüber diskutiert wird, dieses Gesetz zu ändern. Gerade von meiner Fraktion wird gefordert, dass es Mindestlaufzeiten in der Qualifizierungsphase geben muss, dass Drittmittelefristungen an der Projektlaufzeit ausgerichtet werden sollen und dass es Betreuungsvereinbarungen in der Promotionsphase geben soll.

Ich habe die Hoffnung, dass sich im kommenden Jahr auf der Ebene des Bundes etwas bewegen wird. Wir werden dann auch einige Auswirkungen in Sachsen-Anhalt beobachten können.

Wir haben aber aufgrund der Datenbasis, die uns das MWW dankenswerterweise bereitgestellt hat - auch hierzu gab es eine Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE -, zur Situation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine, wie ich finde - auch wenn Herr Lange jetzt wieder lachen wird - wirklich aufschlussreiche Diskussion mit dem MWW über die Zahlen geführt zu den Fragen, wie viele Befristungen, wie viele Teilzeitbeschäftigte es gibt.

(Herr Lange, DIE LINKE: Das stimmt!)

Das war wirklich eine sehr gute und fundierte Beratung im Ausschuss - die kann man auch nicht kleinreden -,

(Zuruf von Herrn Lange, DIE LINKE)

die uns gezeigt hat, dass die Situation in Sachsen-Anhalt doch vom Bundesdurchschnitt abweicht. So konnten wir feststellen, dass der Anteil der Teilzeitbeschäftigten in den Jahren 2006 bis 2011 nur leicht angestiegen ist. Wir konnten auch feststellen, dass der zugegebenermaßen relativ hohe Anteil an befristeten Verträgen in der Zeit zwischen 2006 und 2011 ebenfalls kaum merklich angestiegen ist.

Das ist erst einmal eine Feststellung, die uns sagt, dass sich die Situation an unseren Hochschulen in den letzten fünf Jahren nicht dramatisch verändert hat. Die Zahlen sind nicht gut; das will ich überhaupt nicht sagen. Aber sie haben sich nicht weiter verschlechtert.

So konnten wir auch feststellen, dass sich der Umfang der Lehrbeauftragten an den Hochschulen im Zeitverlauf ganz unterschiedlich entwickelt hat. Das ist auch Ausdruck der unterschiedlichen Fächer, die an diesen Hochschulen gelehrt werden. Gänzlich auf Lehrbeauftragte in bestimmten Bereichen kann und wird man nicht verzichten.

Die Beschlussempfehlung, über die wir heute im Landtag abstimmen wollen, ist aus der Einsicht entstanden, die es in diesem Dialogprozess gab, dass die Situation besser ist als im Bundesdurchschnitt, aber noch lange nicht so gut ist, als dass wir darauf ausruhen könnten.

Ehrlich gesagt, finde ich es schon eine Bewegung, dass wir sagen können, das Ministerium will sich bei einer Änderung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes genau mit den Punkten auseinandersetzen, die am Anfang zwischen uns so strittig waren. Es will prüfen, was die Aufhebung der Tarifsperre bedeuten würde, ob das denkbar sei und welche Vor- bzw. Nachteile damit verbunden seien. Auch der Bereich der Anerkennung von Arbeitszeiten und all diese Sachen stehen jetzt zur Diskussion und sie sind wichtig.

Der für mich wichtige Teil dieser Beschlussempfehlung - das ist leider in der Berichterstattung von Herrn Thiel etwas kurz gekommen - ist der Dialogprozess zwischen dem Ministerium und den Hochschulen zur Verbesserung der tatsächlichen Arbeitsverhältnisse:

(Zustimmung bei der SPD)

planbare Karrierewege, mehr unbefristete Verträge - immer im Dialog mit den Hochschulen. Wir können und wollen die Bewegungsfreiheit der Hochschulen nicht einschränken, indem wir starre Vorgaben schaffen. Hierzu muss es Verhandlungen auf Augenhöhe geben.

Ich bin sehr dankbar dafür, dass das mit dieser Beschlussempfehlung zum Ausdruck kommt. Ich freue mich sehr auf die weiteren Diskussionen im Ausschuss, dann auf der Grundlage dessen, was das Ministerium mit den Hochschulen berät. Ich hoffe, dass wir in Sachsen-Anhalt so zu einem Codex für gute Arbeit in der Wissenschaft kommen werden. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD und von Minister Herrn Möllring)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Frau Kollegin Dr. Pähle. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Professor Dr. Dalbert das Wort.

Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE):

Danke, Frau Präsidentin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Beschlussempfehlung, die uns heute vorliegt, besteht ja aus zwei Teilen. Wir haben in der Berichterstattung des Kollegen Thiel gehört, dass der Antrag, der der Beschlussempfehlung zugrunde liegt, ganz viel enthält. Das wird bereits in der Überschrift genannt und zum Teil im ersten Absatz noch einmal ausgeführt.

Es geht um stabile Beschäftigungsverhältnisse, berechenbare Karrierewege und hervorragende Qualifizierungs-, Fort- und Weiterbildungsbedingungen und, wie wir in der Berichterstattung gehört haben, auch um Gleichstellungspolitik und Geschlechtergerechtigkeit an unseren Hochschulen. Das wird hier nicht benannt. Ich will nichts Übles in die Tatsache hineininterpretieren, dass genau dieser Punkt bei der Aufzählung fehlt. Das ist ein dickes Bündel von Anliegen, die wir gemeinsam angehen wollten und auch gemeinsam angehen müssen.

Ich finde den ersten Teil der Beschlussempfehlung - wir haben heute den 11. Dezember - ein bisschen putzig.

(Herr Czeke, DIE LINKE: Ja!)

Danach sollen wir beschließen, dass noch vor dem 1. Januar 2015 über das ganze Paket beraten wird und dass Strategien entwickelt werden. Ganz ehrlich, mir fehlt der Glaube, dass bis zum 1. Januar des nächsten Jahres, also in einem halben Monat, Strategien entwickelt werden.

(Zuruf von Herrn Czeke, DIE LINKE)

Insofern finde ich das nicht wirklich hilfreich. Das ist für mich auch der kritische Teil dieser Beschlussempfehlung.

Wir haben gehört, dass es Strategien für Gleichstellungspolitik an den Hochschulen gibt. Das sind die Kaskadenquoten. Die Quoten ergeben sich, Herr Minister, aus den zahlenmäßigen Verhältnissen an den Hochschulen. Das ist das Wesen der